

## Arbeitsmarkt

### Aufstieg und Teilhabe: Die Kinder in den Fokus!

Dr. Susanne Cassel und Dr. Michael Zibrowius

Geopolitische Verwerfungen, die digitale und ökologische Transformation wie auch die Corona-Pandemie erfordern ein aktives und schnelles politisches wie auch unternehmerisches Handeln. Um diese und weitere Herausforderungen zu meistern, ist die Gesellschaft auf gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte mehr denn je angewiesen. Und nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und knapper werdender öffentlicher Mittel muss die Politik alles daransetzen, die Potenziale eines jeden und einer jeden Einzelnen zu heben und verstetigte Abhängigkeiten zu verhindern. Sie sollte insbesondere die Anreize für eine schnelle und erfolgreiche Eingliederung von Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen und -Bezieher in den Arbeitsmarkt verbessern und die Hinzuverdienstmöglichkeiten ausweiten. Zudem sollte sie Hindernisse bei der Schul- und Berufswahl abbauen, um die Bildungschancen benachteiligter Kinder zu erhöhen.

In Deutschland gibt es rund 5,4 Millionen Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II. Diesen Menschen einen Ausstieg aus dem System des staatlichen Leistungsempfangs zu ermöglichen, ist nicht nur im Hinblick auf ihren eigenen Lebensweg wichtig, sondern auch für denjenigen ihrer Kinder. Denn es stellt sich die Frage, inwieweit es staatliche Rahmenbedingungen wie die vielfältigen sozial- und bildungspolitischen Maßnahmen des Bundes und der 16 Bundesländer sind, die die Erwerbsbiografien und die Abhängigkeit von sozialen Sicherungssystemen der jungen Generation beeinflussen, oder ob nicht vielmehr der direkte elterliche Einfluss den Lebensweg der Kinder entscheidend prägt?

In der empirischen Arbeitsmarktforschung besteht international weitgehend Einigkeit darüber, dass es eine positive Beziehung zwischen dem Sozialhilfebezug der Elterngeneration und dem Sozialhilfebezug ihrer Kinder gibt. Dabei wird differenziert zwischen direkten (kausalen) und indirekten intergenerationalen Einflussfaktoren, wobei letztere zwar mit einem erhöhten Risiko der

Kinder einhergehen können, auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, aber nicht direkt kausal auf den Sozialhilfebezug der Eltern zurückgehen. Es muss also unterschieden werden, ob Kinder eher Sozialhilfe empfangen, „weil“ auch die Eltern Sozialhilfe beziehen oder bezogen haben, oder weil es in Familien mit Eltern, die ganz oder in Teilen auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind, weitere Einflussfaktoren gibt, die ihrerseits einen kausalen Einfluss darauf haben, welche Arbeitsmarktchancen die Kinder haben. Das können beispielsweise Armut und eine damit einhergehende verminderte Unterstützung für die schulische / berufliche Zukunft der Kinder sein. Diese differenzierte Betrachtungsweise ist essenziell, um passgenaue Lösungsansätze zu entwickeln und vorhandene Ressourcen gezielt dort einzusetzen, wo sie die Ursachen bekämpfen und nicht nur Symptome lindern.

In der deutschen Debatte um Zukunftschancen der nächsten Generation besteht kaum ein Dissens darüber, dass der schulische und berufliche Erfolg von Kindern stark von dem sozialen Status ihrer Eltern abhängt. Inwieweit dabei jedoch auch direkte kausale Abhängigkeiten hinsichtlich des Bezugs von staatlichen Transferleistungen wirken, ist bislang weniger stark untersucht. Auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), einer seit 1984 laufenden jährlichen Befragung derselben Personen, bei der sowohl für Eltern als auch für ihre Kinder ausführliche Informationen zu ihrem schulischen und beruflichen Werdegang erhoben werden, können die Zusammenhänge der intergenerationalen Transmission des Sozialhilfebezugs adäquat untersucht werden. Gleichzeitig stehen Informationen für weitere Charakteristika (Geschlecht, Alter, Schulbildung etc.) zur Verfügung, so dass in den ökonometrischen Modellen für diese kontrolliert werden kann.

Dabei wird schnell deutlich: Geschlechterunabhängig besteht empirisch ein signifikanter Zusammenhang zwischen dem staatlichen Transferbezug der Eltern und dem der Kinder. Dieser fällt besonders stark aus, wenn Eltern dann Transfers erhalten, wenn ihre Kinder 10-12 bzw. 16-18 Jahre alt sind – also gerade dann, wenn es um die Wahl der weiterführenden Schule und den Eintritt in das Berufsleben geht.

Noch tut sich die Politik schwer damit, die richtigen Schlüsse aus diesen Erkenntnissen zu ziehen. So wird u. a. darüber diskutiert, die Zahl der Lehrer zu erhöhen, die Ganztagschule auszuweiten oder im Bereich der Sozialgesetzgebung die finanzielle Unter-

## KERNAUSSAGEN

### Politikanalyse:

- Um die vielfältigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu meistern, ist Deutschland auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen.
- Der schulische und berufliche Erfolg von Kindern hängt in Deutschland stark vom sozialen Status ihrer Eltern ab.
- Zudem besteht eine positive Beziehung zwischen dem Sozialhilfebezug von Eltern und ihren Kindern.

### Politikempfehlungen:

- Heben aller verfügbaren Fachkräftepotenziale, um geo-, klima- und gesellschaftspolitische Aufgaben zu meistern.
- Hindernisse bei der Schul- und Berufswahl abbauen, um Bildungschancen zu verbessern.
- Dauerarmut und verstetigte Abhängigkeiten vermeiden durch bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten und kohärentes Sozialhilfe- und Steuersystem.

stützung für Eltern für ihre Kinder zu erhöhen. Ein genauerer Blick auf die Ergebnisse der empirischen Wirtschaftsforschung kann dabei helfen, die Passgenauigkeit von Reformen zu steigern und so gesamtgesellschaftlich wünschenswertere Ergebnisse zu erzielen. Denkbar wären etwa gezielte Hilfen für bedürftige Kinder sowohl innerhalb als auch außerhalb von Schule und beruflicher/akademischer Bildung sowie weitere Entlastungen für die betroffenen Eltern, beispielsweise durch bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten und ein noch besser aufeinander abgestimmtes Sozialhilfe- und Steuersystem. Mit diesen Maßnahmen könnten die mit Sozialhilfebezug einhergehenden sekundären Einflussfaktoren wie Armut und fehlende Unterstützungsmöglichkeiten für die Kinder ebenfalls adressiert werden. Klar muss allen sein: Solche Reformen kommen nicht zum Nulltarif. Aber das Ausbleiben dieser Reformen verursacht Kosten, die langfristig – nicht nur finanziell – noch viel höher für Staat und Gesellschaft ausfallen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm? Transmission von Mindestsicherungsbezug in Deutschland“ mit Prof. Regina T. Riphahn, Ph.D. (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg).

### Impressum

ECONWATCH  
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.  
Poststraße 12  
10178 Berlin

### Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: [www.econwatch.org](http://www.econwatch.org)